

Schmahl, Hans-Jürgen

Article

Stagnation und kein Ende?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1982) : Stagnation und kein Ende?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 9, pp. 418-419

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/135713>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Stagnation und kein Ende?

Der wieder aufgeflamte Streit um die Bundesfinanzen hat wohl erst so recht ins Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit gerückt, daß die Hoffnungen auf eine Besserung der wirtschaftlichen Entwicklung wieder einmal vertagt werden müssen. Statt eines baldigen Ausbruchs aus der nun schon über zwei Jahre dauernden Stagnation steht kurzfristig sogar eine Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit ins Haus. Denn der Export geht – vermutlich nur vorübergehend – zurück, ohne daß die Inlandsnachfrage schon steigt. Es ist bezeichnend für die um sich greifende Resignation, daß hinsichtlich der Besserungsaussichten nun gleich auch das nächste Jahr „abgeschrieben“ wird, wie es kürzlich ein großer Verband der Wirtschaft tat.

Eine Besserung der wirtschaftlichen Entwicklung ist im Laufe der letzten zwei Jahre von allen Institutionen, die regelmäßig nachprüfbare Urteile zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik abgeben, wiederholt in Aussicht gestellt worden, ohne daß sie eintrat. Von der Hartnäckigkeit der Flaute sind alle überrascht worden; für sie gibt es kein Beispiel in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Aber auch in der Weltwirtschaft hat es in den letzten dreißig Jahren keine vergleichbare Stockungsphase gegeben. Die Frage nach den tieferen Ursachen, die sich jetzt immer dringlicher erhebt, muß also für viele Länder gestellt werden. Es fällt auf, wie weit verbreitet einige der häufig genannten Ursachen in den Industrieländern der westlichen Welt sind: hohe Realzinsen (bei Inflation und durchweg hoher Staatsverschuldung) und hohe Reallöhne einerseits, niedrige Gewinne andererseits; Verdrängung von Marktmechanismen durch Dirigismen; Sicherheitsstreben statt Wagnisbereitschaft – und dies in einer Zeit, in der besonders hohe Anforderungen an die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft gestellt werden.

In der Bundesrepublik war vom Beginn der gegenwärtigen Flaute an kaum umstritten, daß es sich nicht nur um einen zyklischen Abschwung handelt. Vielmehr wurde durchaus gesehen, daß die an ihrem Anfang stehende zweite Ölpreiskrise erhebliche Anpassungsprobleme aufwarf, die zu anderen – wie denen, die deutlicher als zuvor von der Veränderung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, dem technischen Fortschritt und partieller Bedarfsättigung ausgingen – hinzukamen. Die davon ausgehenden Wirkungen auf Preise und Realeinkommen, Nachfrage und Produktion konnten gewiß nicht ohne Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums bleiben.

Wie groß diese Beeinträchtigung sein würde, hing jedoch von der Fähigkeit und Bereitschaft der Beteiligten zur Anpassung an die veränderten Bedingungen ab. Die anfänglichen Reaktionen, z. B. in der Lohnpolitik, schienen in dieser Hinsicht einigen Optimismus zu rechtfertigen. Sie unterschieden sich, übrigens nicht nur in der Bundesrepublik, vorteilhaft von denen nach der ersten Ölpreiskrise. In der Rückschau muß man dagegen erkennen, daß weder die Geldpolitik noch die Lohnpolitik und schon gar nicht die Finanzpolitik der Veränderung der Bedingungen ausreichend Rechnung trugen.

Zwei Feststellungen sind wichtig: Erstens konnte man das Phänomen „fundamentale Wachstumsschwäche“ vor drei bis vier Jahren als weitgehend überwunden ansehen; sonst hätten in den Jahren 1978/79 nicht eine Million zusätzlicher Arbeitsplätze entstehen können.

Zweitens war eine so ausgeprägte Schwäche, wie sie heute festzustellen ist, nicht programmiert; sie ist vielmehr erst durch unzureichende oder falsche Reaktionen der Wirtschafts- und Lohnpolitik auf die Änderung der Bedingungen entstanden. Freilich wurden die Anforderungen an die Anpassungsbereitschaft durch Fehler erhöht, die im Ausland gemacht worden sind, vor allem in den USA. Dort hat man zuerst die Inflation allzulange toleriert und dann eine Politik eingeschlagen, deren unausgewogenes Mischungsverhältnis von geld- und finanzpolitischen Maßnahmen viel von der Hochzinsentwicklung erklärt, die sich in der ganzen Welt negativ auswirkte.

Das Ergebnis aller dieser Einflüsse waren in der Bundesrepublik Rekordzinsen, ein außergewöhnlich starker Gewinnruck und zusätzliche Verunsicherung durch eine unentschlossene, die Probleme vor sich herschiebende Politik des Staates. Das Zusammentreffen der neuen Fehler mit früheren – vor allem in der Finanz-, Sozial- und Ordnungspolitik – führte zu einer Konstellation, bei der anscheinend „nichts mehr geht“. Die Wachstumsschwäche unserer Wirtschaft kann man fundamental nennen, aber irreversibel ist sie nicht. Zur Wiederherstellung hinreichender Wachstumsbedingungen ist eine Korrektur der in den letzten Jahren zugespitzten Fehlentwicklungen notwendig. Die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens müssen so verbessert werden, daß sich die weiterhin latent vorhandenen Wachstumskräfte wieder durchsetzen können.

Vergleicht man den heutigen Zustand mit dem vor einem Jahr, so sind in dieser Hinsicht immerhin Fortschritte festzustellen:

- Die Sekundärwirkungen der Ölverteuerung auf den Inlandsmärkten sind weitgehend abgeklungen, die Preisstabilisierung kommt sichtlich voran.
- Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht kann als wiederhergestellt gelten.
- Vor diesem Hintergrund sieht sich die Bundesbank wieder zu einer potentialorientierten, d. h. Wirtschaftswachstum und Preisstabilisierung zugleich fördernden Geldpolitik imstande.
- Die Zinsen sind erheblich niedriger als vor einem Jahr, und die jüngste Entwicklung beflügelte wieder die Erwartungen auf weitere Zinssenkung; das Zinsniveau ist jedoch immer noch allzu hoch.
- Die Lohnrunde dieses Jahres hat die Gewinnerwartungen der Wirtschaft begünstigt, wenn auch die Gewinnspannen immer noch sehr gedrückt sind.

Trotz dieser Fortschritte ist aber die Stimmung in der Wirtschaft seit etlichen Monaten immer schlechter geworden. Das kann mit vielem erklärt werden: mit der zunehmenden Zahl von Insolvenzen, in letzter Zeit auch mit dem nachlassenden Auslandsgeschäft, sicherlich auch mit Phänomenen wie der amerikanischen Handelspolitik. Doch es bleibt ein weiterer Erklärungsbedarf, der wohl nur im politischen Umfeld gedeckt werden kann. Es sind die immer größer gewordenen Zweifel einer breiten Öffentlichkeit an der Fähigkeit der sozialliberalen Koalition, die Aufgaben der Konsolidierung der Staatsfinanzen zu lösen.

In dieser Lage ist Zuversicht auf einen baldigen Wiederaufschwung der Wirtschaft kaum zu begründen. Der Prozeß der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist offensichtlich nicht weit genug gediehen, um das Gewicht der politischen Unsicherheit überkompensieren zu können. Wenn sich an den politischen Bedingungen vorerst nichts ändern sollte, muß die Verbesserung der wirtschaftlichen um so ausgeprägter sein, um die Lethargie zu überwinden.

Gegenwärtig kann aber nicht erwartet werden, daß dies sehr bald der Fall sein wird. So kommen denn auch die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute für das Jahr 1983 zwar alle zu dem Ergebnis, daß es wieder eine kleine Zunahme des realen Sozialprodukts geben wird; aber allen ist die Vorstellung gemeinsam, daß es sich hier zunächst vorwiegend um gleichsam technische Reaktionen, z. B. bei den Lagerbestandsveränderungen und der Ausfuhr, handelt. Ein neuer Wachstumsschub, den wir aus vielen Gründen so dringend brauchen, ist damit noch nicht in Sicht. Für eine solche Entwicklung bedarf es nicht nur niedrigerer Zinsen und höherer Gewinne, mit denen im nächsten Jahr wohl gerechnet werden kann; sie setzt vielmehr stabile mittelfristige Erwartungen voraus. Die aber fehlen, und das liegt nicht zuletzt an der Wirtschafts- und Finanzpolitik, von der gegenwärtig eine geradezu lähmende Unsicherheit ausgeht.